Institut für Kirche und Gesellschaft
der Evangelischen Kirche von Westfalen

Evangelische Kirche von Westfalen

Überlegungen zum Umgang der Evangelischen Kirche von Westfalen mit Rechtsextremismus Antisemitismus Rassismus Ausländerfeindlichkeit

Impressum
Institut für Kirche und Gesellschaft (Hg)
Iserlohner Straße 25
58239 Schwerte

Bestelladresse
Christa Martens
02304 755 332
christa.martens@kircheundgesellschaft.de
www.kircheundgesellschaft.de

Bildnachweis
© shutterup_Fotolia

Institut für Kirche und Gesellschaft
der Evangelischen Kirche von Westfalen

Evangelische Kirche von Westfalen

Überlegungen zum Umgang der Evangelischen Kirche von Westfalen mit Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit

Laut neuesten Studien teilen 5,6% der Deutschen eine „manifeste rechtsextreme Weltanschauung". Ressentiments gegenüber bestimmten Gruppen sind deutlich weiter verbreitet. *In einer repräsentativen Umfrage der Friedrich-Ebert-Stiftung „Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände" vom Dezember 2016 wird deutlich, dass* menschenfeindliche Vorurteile besonders von AfD-Sympathisanten vertreten werden. Ihre Anhängerinnen und Anhänger stimmen mehrheitlich fremdenfeindlichen (68%), muslimfeindlichen(64%) und antiziganistischen Meinungen (59%) zu. Asylsuchende werden zu 88% abgewertet. Das Wählerpotenzial der AfD liegt bei der Bundestagswahl zwischen 7-11%[1]. Bei der Landtagswahl in NRW erzielten sie 7,4%.
Seit dem Erstarken des Rechtspopulismus in Deutschland durch PEGIDA und AfD herrscht bei den demokratischen Parteien wie auch in den Kirchen Unsicherheit und z. T. auch Uneinigkeit darüber, wie dieser Entwicklung inhaltlich und strategisch zu begegnen ist.

Die EKvW tritt „für eine offene, kulturell und religiös vielfältige Gesellschaft" ein, „die allen Menschen ein Leben in Würde, Sicherheit, Respekt und Toleranz ermöglicht."[2] Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind mit dem christlichen Glauben nicht vereinbar. Gleichzeitig sind Sympathien für Rechtspopulismus, menschenverachtende Vorurteile und manifester Rechtsextremismus auch unter Kirchenmitgliedern anzutreffen.

Eine offensive Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit ist dringend notwendig: zur Stärkung der Demokratie und unserer auf Menschenwürde, Gerechtigkeit und Solidarität gründenden Gesellschaft. Sie ist Zeugnis unseres Glaubens und eine komplexe kirchliche Querschnittsaufgabe, die sich nach „innen" wie nach „außen" richten muss.
Nachfolgend werden kirchliche Handlungsmöglichkeiten bzw. Handlungsnotwendigkeiten im Kontext der aktuellen politischen Lage skizziert. Diese Überlegungen sind verbunden mit einigen strategischen Anmerkungen zum Umgang mit dem Rechtspopulismus. Den Schluss bilden Impulse zur Vernetzung und Stärkung der Arbeit in der Landeskirche.

[1] http://www.wahlrecht.de/umfragen/index.htm
[2] Beschluss der 1. Tagung der 18. Synode der EKvW (2016) „ Integration als Motor der sozialen Erneuerung"

Die Überlegungen berücksichtigen die laufenden kircheninternen Diskussionsprozesse[3] und bauen auf dem vielfältigen geistlichen und gesellschaftlichen Engagement in unserer Kirche auf. Ziel muss auch sein, das bestehende Engagement in unserer Kirche zu stärken und deutlicher in das Licht der Öffentlichkeit zu rücken[4].

1. Theologisch-ethische Vergewisserung

Die Weltbezogenheit unseres Glaubens und ihre Konsequenzen darstellen[5].

Prägnant muss deutlich gemacht werden: Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind mit unserem Glauben nicht vereinbar. Alle Positionen, die anderen Menschen gleich welcher Herkunft, Würde und Menschsein absprechen oder einen Vorrang bestimmter Menschen und Gruppen behaupten, widersprechen dem Glauben an den lebendigen Gott. Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde. Schutz und Achtung der von Gott verliehenen unantastbaren Würde aller Menschen sind die Grundlage unseres Zusammenlebens. In der Begegnung mit dem Hungrigen, den Durstigen, Fremden, Nackten und Kranken (Mt 25) beschenkt uns Christus mit seiner Anwesenheit. Die Begegnung mit Benachteiligten und Fremden ist daher eine Begegnung auf Augenhöhe.

Die besondere Parteinahme für Benachteiligte und Fremde (Option für die Armen), prägt daher das gesellschaftliche Handeln der Kirche. Aus der Perspektive des christlichen Glaubens muss alles Handeln und Entscheiden in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft danach beurteilt werden, inwieweit es die Armen und Schwachen stärkt, sie zu eigenverantwortlichem Handeln befähigt und am gesellschaftlichen Leben beteiligt.

2. Allgemeine Anforderungen an die Arbeit der Kirche

2.1. „Arbeit nach innen"

- Es sollten auf möglichst vielen kirchlichen Ebenen, Freiräume der Reflexion und Diskussion geschaffen werden, in denen Menschen ermutigt werden, über ihren Glauben zu reden und auch ihre Ängste und Zukunftssorgen offen zu diskutieren. Begegnung öffnet und verändert Menschen. Begegnungen zu ermöglichen und Beziehungsarbeit sind besondere Stärken der Kirche.

---

[3] z. B. die Ergebnisse der Tagung „Das wird man doch noch sagen dürfen …" - Umgang der Kirche mit Rechtspopulismus – eine Strategiekonferenz der Ämter und Werke der EKvW, Haus Villigst, 24.01.2017, siehe auch: „Gott hat uns nicht gegeben den Geist der Furcht, sondern der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit." (2. Tim 1,7) Impulse für den Umgang mit Rechtspopulismus im kirchlichen Raum; Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus (BAG K+R) u.a., Dezember 2016 http://bagkr.de/wordpress/wp-content/uploads/2015/07/Brosch%C3%BCre_BAGKR_Rechtspopulismus_web.pdf

[4] Als Beispiele können ohne Anspruch auf Vollständigkeit dienen:

- Die Arbeit des Kirchenkreis Dortmund gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit
- Die Gewaltakademie
- Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus
- Die vielfältige kirchliche Arbeit im Bereich Integration und Flüchtlingspolitik
- Die kirchliche Gemeinwesenarbeit in benachteiligten Quartieren
- Der Sonderfonds des kirchlichen Erwachsenenbildungswerks Westfalen/Lippe „Rechtpopulismus begegnen – Demokratie stärken"

[5] Es folgen grundsätzliche Überlegungen, die ergänzungsbedürftig sind.

- Solidarität und die Parteinahme für Benachteiligte (Option für die Armen) müssen im Raum der Kirche gelebt werden und im Gemeindealltag erfahrbar sein. Dieses kann u.a. beinhalten: die kulturelle Öffnung der Gemeinde, den Ausbau des kirchlichen Engagements im Quartier (Sozialraum- bzw. Gemeinwesenorientierung) in Zusammenarbeit mit der Diakonie und den Aufbau einer „Willkommensstruktur" für alle Benachteiligten. Ausgangspunkt kann dabei die Flüchtlingsarbeit sein.

2.2. „Arbeit nach außen"

- Sachliche Stellungnahmen zu postfaktischen, rechtspopulistischen Positionen bzw. Argumentationsfiguren. Dabei muss deutlich die „rote Linie" zwischen Meinungsfreiheit einerseits und Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Volksverhetzung andererseits beschrieben werden. Dazu gehört auch die systematische Identifizierung und Anzeige von strafrechtlich relevanten Beiträgen. Auseinandersetzungen mit Einzeläußerungen sind abzuwägen, weil diese einer rechtspopulistischen Strategie, maximale mediale Aufmerksamkeit zu erlangen, in die Hände spielen können. Eine Kirchliche Stellungnahme sollte sich auch auf nicht zielführende Positionen demokratischer Parteien beziehen, die den rechten Rand bedienen und demokratiegefährdend sein können[6].

- Die Kirche sollte sich als Plattform für die Anliegen von Benachteiligten verstehen. Gesellschaftliche Probleme (wachsende Armut, Segregation, mangelnde Teilhabe ...) sind klar zu benennen. Dabei sollten Glaubwürdigkeit und Stärken der Kirche ins Spiel gebracht werden: Dazu gehört das vielfältige kirchliche Engagement gegen soziale Spaltung und Ausgrenzung (Flüchtlings- und Integrationsarbeit, Quartiers- und Gemeinwesenarbeit, Synodenbeschlüsse der EKD und EKvW[7] zur Integration, sozial- und asylpolitische Positionierungen ...).

---

[6]Beispiel: Sicherheitsdebatte, Verschärfung von Überwachungs- und Zugriffsrechten, obwohl die bisherige Rechtslage ausreichende Eingriffsmöglichkeiten bereithält - wenn diese Anwendung finden würden.

[7]1. Tagung der 18. Synode der EKvW in Bielefeld, 14. bis 17. November 2016

Integration als Motor der sozialen Erneuerung
„Es werden allezeit Arme sein im Lande; darum gebiete ich dir und sage, dass du deine Hand auftust deinem Bruder, der bedrängt und arm ist in deinem Lande." 5. Mose 15,11
Angesichts der Vielzahl von Geflüchteten und der Integrationsaufgabe, vor der wir stehen, sind soziale und besonders armutsrelevante Probleme, denen sich unsere Gesellschaft schon viel früher hätte stellen müssen, noch sichtbarer geworden. Sie müssen nun konsequent mit einem umfassenden gesellschaftspolitischen Ansatz angegangen werden. Benachteiligte dürfen nicht gegen Benachteiligte ausgespielt werden.
Die Armutsgefährdung in Deutschland verharrt – trotz Wirtschaftswachstum und im Durchschnitt sinkender Arbeitslosigkeit – seit Jahren auf zu hohem Niveau: Immer mehr Menschen leben trotz Erwerbsarbeit unterhalb der Armutsschwelle. Der Bildungserfolg wird immer noch stark von der sozialen Herkunft bestimmt. Die Zahl der benachteiligten Quartiere wächst. Bezahlbarer, guter Wohnraum fehlt, weil Investitionen in den sozialen Wohnungsbau versäumt wurden.

Als Evangelische Kirche mit unserer Diakonie engagieren wir uns schon lange für Benachteiligte und leisten dabei einen wichtigen Beitrag für eine Gesellschaft, die allen Menschen Teilhabemöglichkeiten eröffnet und Armut und Ausgrenzung bekämpft.
Mit Sorge sehen wir, dass Geflüchtete für lange bestehende innergesellschaftliche Probleme verantwortlich gemacht werden. Rechtspopulisten versuchen, Armut gegen Armut, Benachteiligte gegen Benachteilige auszuspielen und schüren damit Sozialneid und Rassismus.
Dem tritt die Synode der Evangelischen Kirche von Westfalen entschieden entgegen.
Wir treten für eine offene, kulturell und religiös vielfältige Gesellschaft ein, die allen Menschen ein Leben in Würde, Sicherheit, Respekt und Toleranz ermöglicht.

3. Gesellschaftliche Positionierung der Kirche

- Veröffentlichung einer kirchlichen Erklärung – „Kein Platz für Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit" o. ä.

- Alternativ: eine gemeinsame Erklärung aller NRW-Landeskirchen ggf. mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen (wie DGB West und unternehmer.nrw). Vorbild könnte die Erklärung der Nordkirche mit dem DGB Nord sein „Gemeinsam gegen Rechtspopulismus, Hass und rechte Gewalt – für Arbeit, Gerechtigkeit und Teilhabe"[8]. Sie entspricht im Duktus den Integrationsbeschlüssen der EKD und der EKvW. Die Erklärung sollte begleitet werden durch eine Arbeitshilfe für die Gemeinde-, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung.

- Ggf.:Entwicklung und Durchführung einer Kampagne (vgl „Nächstenliebe braucht Klarheit" (Sachsen) „Unser Kreuz hat keine Haken (Interkulturelle Woche 2015)[9]"

- Ggf.:„Wahlprüfsteine" formulieren und zur demokratischen Mitgestaltung der Gesellschaft aufrufen.

- Durchführung eines hochrangig besetzten Symposiums mit Kirchenvertretern, Vertretern der demokratischen Parteien, wichtigen zivilgesellschaftlichen Gruppen[10]

- Verstärkte kirchliche Präsenz in den Sozialen Medien
  Rechtspopulistische Parteien und Gruppierungen machen verstärkt durch extreme inhaltliche Positionen, Parolen und Provokationen auf sich aufmerksam machen und setzen dazu gezielt auf Online-Medien (siehe internes Strategiepapier der AfD zum Wahljahr 2017). Deshalb ist die EKvW gut beraten, neue Kommunikationskanäle ernst zu nehmen und in sozialen Netzwerken ähnlich professionell zu agieren wie in den klassischen Medien.

  Eine eigens dafür eingesetzte Task Force, die sich in Online-Diskussionen einmischt, kommentiert und rechtspopulistisch kommunizierende Personen systematisch demaskiert, ist angesichts der Dimensionen und der Vielzahl der geführten Diskussionen jedoch nur begrenzt hilfreich, weil die Reichweite einer solchen Gruppe begrenzt ist.

  Sinnvoller erscheint es, Gemeindeglieder zu motivieren, sich etablierten Bündnissen gegen Rechtspopulismus / Rechtsextremismus anzuschließen, allein um der Menge der rechtspopulistischen Äußerungen im Social Web kraftvoll begegnen zu können.

Darum bittet die Synode die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche von Westfalen, sich gegenüber der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden dafür einzusetzen, dass Integration zum Motor der sozialen Erneuerung wird und umfassend zur Armutsbekämpfung und zur Verbesserung der Teilhabe in unserer Gesellschaft beiträgt. (...).

[8] https://www.nordkirche.de/pressestelle/pressemitteilungen/detail/nordkirche-und-dgb-nord-buendnis-gegen-rechtspopulismus-und-hass-fuer-gerechtigkeit-und-sozialen-frieden.html

[9] http://www.interkulturellewoche.de/hefteintrag/2015/anregungen-fuer-gottesdienste/zur-freiheit-berufen-unser-kreuz-hat-keine-haken-2

[10] siehe: 6.

Um in der westfälischen Fläche ausreichend Kräfte zu mobilisieren, die sich etablierten Bündnissen gegen Rechtspopulismus anschließen können, bedarf es für Kirchenkreise, Kirchengemeinden und Gemeindeglieder einer Unterstützung auf überregionaler Ebene, also auf Seiten der EKvW und/oder der EKD.

Dabei sind folgende Unterstützungsleistungen aus jetziger Sicht besonders sinnvoll:

- Vernetzung mit weltlichen Partnern: Unterstützung durch wissenschaftlichen Diskurs, Nutzung von Erkenntnissen der Kommunikationswissenschaft, Psychologie, Soziologie
- Erarbeitung einer Kommunikationsstrategie gegen Rechtspopulismus
- Systematische Identifizierung von Diskussionen in sozialen Netzen, in die sich Mitglieder des Bündnisses einmischen sollten (tagesaktuell mit Links).
- Bereitstellung von Materialien zum Umgang mit Rechtspopulismus
- Angebot von Kommunikationstrainings und Schulungen auf allen kirchlichen Ebenen zu Medienstrategien im Umgang mit Rechtspopulismus
- Systematische Identifizierung und Anzeige von strafrechtlich relevanten Beiträgen
- Beratung, Unterstützung und konkrete Hilfe für kirchliche Mitglieder der Bündnisse (z.B. Vermittlung von Kontakten zu Anwälten, Beratung beim Erstatten von Anzeigen)

Diese Arbeit als Multiplikator, Transmissionsriemen und Motor eines kirchlichen Engagements gegen Rechtspopulismus in Sozialen Netzwerken kann von einem kleinen Team (zwei bis drei Personen) geleistet werden. Dem Team sollten Menschen mit politischem Interesse, analytischem Verstand und strategischem Weitblick angehören.

Grundsätzlich sollte kirchliche Medien- und Öffentlichkeitsarbeit im Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in sämtlichen Kanälen insbesondere einer Instrumentalisierung des christlichen Glaubens beharrlich widersprechen und darauf hinweisen, was wirklich christlich ist.

4. Umgang mit Vertretern rechtspopulistischer Parteien

- Der Dialog muss im Vordergrund stehen, nicht der Schlagabtausch.
- Klare Differenzierung zwischen Sympathisanten und Ideologieproduzenten. Letzteren sollte keine kirchliche Bühne geboten werden. Ein zielführender Dialog ergibt sich nur dann, wenn das „Phrasenhopping" unterbunden werden kann. Kirchenvertreterinnen und - vertreter sollten sich sehr bewusst sein, mit wem sie in welchen Räumen (in der Öffentlichkeit oder im geschützten Raum) reden. Dies setzt eine genaue Analyse des Gegenübers voraus. Orientierung kann der Beschluss des Präsidiums des DEKT[11] bieten.

[11] Der Deutsche Evangelische Kirchentag versteht sich als ein offenes Forum für faire Debatten über aktuelle Themen in Kirche und Gesellschaft. Angesichts der gegenwärtigen Diskussion über den Umgang mit Rechtspopulismus bekräftigt der Kirchentag seine Haltung: Es wird niemand wegen seines Parteibuches ein- oder ausgeladen.

- Vortragende auf Kirchentagspodien werden aufgrund ihrer fachlichen Kompetenz eingeladen.
- Nicht eingeladen wird, wer sich rassistisch äußert.
- Gleichermaßen nicht eingeladen werden Personen, die Äußerungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit verbreiten, unabhängig davon, ob dies in offiziellen Statements oder in sozialen Medien und Netzwerken geschieht.

- Bei allen Veranstaltungen sollte gelten, sich nicht in Situationen hineintreiben zu lassen sondern selbst die Regeln des Gesprächs zu setzen. Vor jedem Gespräch ist zu prüfen: Was sind die Ziele? Welche Bedingungen liegen vor? Welcher Rahmen ist gesetzt? Lassen sich die Ziele erreichen? Passt das Format? Welche Moderationsmethoden sollen eingesetzt werden?
- Haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitende in der Kirche sind vielfältig zu qualifizieren! (Rhetorik und Argumente, deeskalierender Umgang mit Störenden).

5. Strukturelle Verankerung der Arbeit auf landeskirchlicher Ebene

- Einrichtung eines Runden Tisches „Rechtsextremismus/gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" der Ämter und Werke und externer zivilgesellschaftlicher Kooperationspartner. Aufgaben: Informationsaustausch, Erarbeitung von Arbeitshilfen, Entwicklung von Positionspapieren und politischen Statements, Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnenbegleitung.
- Bündelung der landeskirchlichen Arbeit zum Thema Rechtsextremismus inkl. der Öffentlichkeitsarbeit in einem Team
- Schaffung eines Arbeitsbereichs/Arbeitsstelle „Demokratie bilden - Demokratie stärken" unter Nutzung aktueller öffentlicher Förderprogramme

6. Mögliche Kooperationspartnerinnen und –partner (in Auswahl)

- Bundesarbeitsgemeinschaft „Kirche und Rechtsextremismus" (BAGKR)
- DGB West, unternehmer.nrw
- Amadeu-Antonio-Stiftung
- Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit, (IDA NRW), Düsseldorf
- Pro Asyl, Flüchtlingsrat NRW
- Hochschulen/Fachhochschulen, die zum Thema arbeiten bzw. Institute haben (Düsseldorf, Dortmund, Bielefeld)
- Katholische Kirche